
NORD-SÜD-THEMEN UND ENTWICKLUNGSPOLITIK

Rezension von: Journal für Entwicklungspolitik, 1030 Wien, Weyrgasse 5, erscheint viermal jährlich, Jahresabonnement öS 250,-, Einzelheft öS 70,-, Probehefte gratis.

Aus gegebenem Anlaß soll im folgenden das „Journal für Entwicklungspolitik“ vorgestellt werden, die einzige in Österreich erscheinende wissenschaftliche, interdisziplinäre Zeitschrift, die den Problemen der Nord-Süd-Beziehungen und der sogenannten Entwicklungspolitik gewidmet ist. Das „JEP“ – wie es von Insidern gerne genannt wird – erscheint als Produkt einer Gruppe entwicklungspolitisch engagierter Wissenschaftler seit 1985 viermal pro Jahr; Beiträge werden in deutscher und englischer Sprache veröffentlicht. In besonderer Weise werden Forschungsergebnisse österreichischer Wissenschaftler und -innen berücksichtigt, mit dem Ziel, die entwicklungspolitische Diskussion in Österreich zu stimulieren und enger mit der internationalen Forschergemeinschaft zu verbinden. Dem Herausgeberkreis gehören daher neben den (bisherigen) entwicklungspolitischen Sprechern der beiden Großparteien, Peter Jankowitsch und Heribert Steinbauer, auch renommierte ausländische Wissenschaftler wie Hartmut Elsenhans (Konstanz), Friedrich Katz (Chicago) und Osvaldo Sunkel (Santiago de Chile) an.

Das Journal widmet sich einem breiten Spektrum von Problemen und Fragestellungen mit entwicklungspolitischer Bedeutung. Neben grundsätzlichen Beiträgen über Strategien und Erfahrungen der bisherigen Entwick-

lungspolitik (bekanntlich haben sich die OECD-Länder verpflichtet, jährlich 0,7 Prozent ihres BNP für Programme der Official Development Assistance/ODA zur Verfügung zu stellen, was nur von den wenigsten und jedenfalls nicht von Österreich eingehalten wird) liegen weitere thematische Schwerpunkte auf den Problemen der ländlichen Entwicklung bzw. der sog. Grünen Revolution (vorwiegend anhand von asiatischen und auch afrikanischen Fallstudien), auf Fragen des Rohstoffhandels bzw. der Rohstoffpreise, auf den Auswirkungen der Schuldenkrise bzw. der Anpassungsprogramme des Internationalen Währungsfonds auf die Entwicklungsökonomien (als Fallbeispiele werden herangezogen vor allem sog. Schwellenländer wie Brasilien, Mexiko und die Türkei) sowie auf den Beziehungen Österreichs zu den Ländern und Regionen der Dritten Welt (diesbezüglich erwähnenswert sind Untersuchungen über das Verhältnis zu den Ländern des südlichen Afrika, zum Iran sowie ein 1993 erschienener Sonderband, der eine ausführliche Bibliographie der österreichischen Politik-, Wirtschafts- und Kulturbeziehungen zu ganz Afrika seit Beginn der Neuzeit enthält).

Während Frauen- und Umweltfragen häufig thematisiert wurden, hat sich das „Journal für Entwicklungspolitik“ erst in neuerer Zeit auch mit arbeitnehmerorientierten Fragestellungen im engeren Sinn beschäftigt. Zu erwähnen sind diesbezüglich Heribert Maier's Darstellung der Rolle der ILO im Nord-Süd-Konflikt (Heft 2/91), die Dokumentation der entwicklungspolitischen Aussagen des ÖGB-Bundeskongresses (Heft 1/92) oder ein Schwerpunktheft über Probleme der Arbeitsmigration mit Beispielen aus Guatemala, Japan, dem Maghreb, Südafrika und Zaire (Heft 2/93). Für 1994 und die Folgejahre sind jeweils auch Bücher zu einschlägigen Themen geplant: Nationalismus und Staat, Industrialisierung und Entwick-

litik, Frauen und strukturelle Gewalt.

Diese knappe Themenübersicht mag dazu dienen, die inhaltliche Breite des „Journal für Entwicklungspolitik“ zu verdeutlichen, das demnach jedem an globalen wirtschaftlichen und sozialen Prozessen – und somit am Nord-Süd-Problem – Interessierten nur wärmstens als Informationsquelle empfohlen werden kann. Gerade im Bereich der Arbeitnehmervertretungen muß ja von einem Defizit entwicklungsrelevanter Fragestellungen gesprochen werden (nicht umsonst sah sich der bereits erwähnte ÖGB-Bundeskongreß des Jahres 1991 veranlaßt, eine „Verstärkung der gewerkschaftlichen Entwicklungshilfe“ zu beschließen). So begrüßenswert es ist, daß in zunehmendem Ausmaß Problemstellungen gesamteuropäischer Relevanz in die gewerkschaftspolitische Strategiebildung und Argumentation miteinfließen, so sehr muß freilich auch darauf hingewiesen werden, daß eine derartige Mitberücksichtigung auch hinsichtlich der weltweiten wirtschaftlichen und sozialen Fragestellungen erforderlich ist. Die Entwicklung eines globalisierenden Denkens ist – angesichts der rapide zunehmenden Verelendung in weiten Teilen der Welt, der latenten Umweltkrise, der weltweiten Migrationsströme und der immer weniger kontrollierten Operationen Transnationaler Konzerne – gerade aus Arbeitnehmersicht von zentraler Notwendigkeit. Seitens des Österreichischen Gewerkschaftsbundes wurde mit einer entwicklungspolitischen Enquete Anfang Oktober 1993 ein erster Schritt in diese Richtung getan, und weitere sollen folgen.

Verstärkte Beschäftigung mit Entwicklungspolitik ist ein Desiderat, freilich nicht nur für den Gewerkschaftsbereich. Auch im Bereich der wissenschaftlichen Forschung sind Projekte und Publikationen, die sich mit Nord-Süd-Fragestellungen beschäftigen, in der Minderzahl (die kürzlich erfolgte Gründung eines „Do-

kumentations- und Kooperationszentrums Südliches Afrika/SADOCC“, das in Wien IV. eine einschlägige Spezialbibliothek betreibt und die in Wien bisher vorhandene Palette Dritte-Welt-orientierter Dokumentationsstellen vervollständigt, darf in diesem Zusammenhang erwähnt werden). Auch von daher kann die Schrittmacherrolle, die das Journal für Entwicklungspolitik (hoffentlich) spielt und weiterhin spielen wird, nur anerkennend Erwähnung finden. Mit Besorgnis müssen demgegenüber allerdings jene schwer durchschaubaren Umstrukturierungen im Bereich der vom Bundeskanzleramt finanziell geförderten entwicklungspolitischen Informations- und Öffentlichkeitsarbeit zur Kenntnis genommen werden, die von der Redaktion des JEP als Gefährdung der Existenz der Zeitschrift empfunden werden (auf dieselben Befürchtungen stößt man übrigens auch bei mehreren anderen entwicklungspolitisch orientierten Einrichtungen, so etwa bei der seit einigen Jahren in Wien ansässigen Dritte-Welt-Nachrichtenagentur „interpress-service“). Zum einen wird von angeblichen Plänen berichtet, die Berichterstattung des „JEP“ auf die vom BKA neuerdings festgelegten acht Schwerpunktländer der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit einzuschränken (was freilich mit der verfassungsmäßig verankerten Freiheit der Wissenschaft in Widerspruch stehen würde), und zum anderen würde eine institutionelle Unterordnung des JEP unter andere vom BKA geförderte Schwerpunkt-NGO's angestrebt (was in Wirklichkeit auf dirigistische, mit der Politik der derzeitigen Bundesregierung kaum in Einklang stehende Eingriffe des Staates in die Tätigkeiten von Nicht-Regierungsorganisationen hinauslaufen würde). Wie immer sich jedoch dieser Konflikt weiterentwickeln wird: Dem „JEP“ ist in jedem Fall eine 1994 stark steigende Abonentenzahl zu wünschen.

Walter Sauer